

sozialdemokratischer pressediens

P/XXVII/95

19. Mai 1972

Vorbild und Beispiel

Zum 85. Geburtstag von Wilhelm Kaisen

Von Bürgermeister Hans Koschnick
Präsident des Senats der Freien Hansestadt
Bremen

Seite 1 und 2 / 58 Zeilen

Polemik um der Polemik willen?

Zum politischen Stil des CDU-Entwicklungs-
experten Dr. Leisler Kiep

Von Dr. Erhard Eppler MdB
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammen-
arbeit

Seite 3 und 4 / 62 Zeilen

Vorstoß in Brüssel

Europa-Parlamentarier fordern Senkung der
Telefon- und Fernschreibkosten

Von Gerhard Flämig MdB
Mitglied des Europäischen Parlaments

Seite 5 und 6 / 53 Zeilen

Ein trübes Licht

Wie die "Welt" die Ostverträge sieht

Seite 7 / 38 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressehaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37-38
Telex: 886 846 / 886 8477
886 846 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Vorbild und Beispiel

Zum 85. Geburtstag von Wilhelm Kaisen

Von Bürgermeister Hans Koschnick

Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen

"Das endlose Diskutieren liegt ihm nicht. Er will die Dinge praktisch angepackt sehen". Das schrieb Erich Ollenhauer einmal über Wilhelm Kaisen. In diesen zwei Sätzen wird viel über das Wesen von Wilhelm Kaisen ausgesagt. Aber nur wenig über die Wirkung seiner Persönlichkeit, über seine Ausstrahlungskraft. Vielleicht hilft dabei ein Zitat von Heinz Kerneck, früh verstorbenen Intendant des Bremer Rundfunks: "Wilhelm Kaisen spricht im Grunde immer nur über eines. Über das Wichtigste, nämlich über den Menschen."

Wilhelm Kaisen - Bremens verdienstvoller Altbürgermeister - wird am 22. Mai 85 Jahre alt. Von 1945 bis 1965 war er Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen. Wenn von den großen, alten Männern der deutschen Nachkriegspolitik - von Heuss, von Adenauer, von Arnold, von Brauer und den vielen anderen - die Rede ist, dann darf und dann wird der Name Wilhelm Kaisen dabei nicht fehlen.

Das nicht nur der Leistungen und der Erfolge wegen, die mit seinem Namen und mit seiner Amtszeit untrennbar verbunden sind. Was Wilhelm Kaisen zu einem wahrhaft großen Politiker gemacht hat, das hat die "Neue Züricher Zeitung" einmal so beschrieben: Kaisen hat sich eine durch keinen Wechsel Fall zu erschütternde Autorität erworben, dank der beispielhaften Schlichtheit in Auftreten und Lebensführung, dank der Unabhängigkeit, die er auch der eigenen Partei gegenüber zu behaupten verstand, und dank der rigoros auf Sauberkeit und Sachlichkeit bedachten Führung seiner Regierungsgeschäfte.

Aber Wilhelm Kaisen war keineswegs nur "Landesvater" in des Wortes besten Sinne. Er war vor allem in den schweren ersten Nach-

Kriegsjahren auch ein Botschafter für das andere, das demokratische Deutschland. Seine Besuche in den USA, in Großbritannien und in Frankreich trugen viel dazu bei, Mißtrauen und Vorurteile zu überwinden, neue Freundschaften keimen zu lassen. Und daß er innerhalb der deutschen Sozialdemokratie zu den ersten und zu den entschiedensten Befürwortern der europäischen Integrationsbemühungen zählte, ist ebenfalls nicht unbekannt geblieben.

Im Jahre 1965 hat Wilhelm Kaisen seine Amtsgeschäfte in jüngere Hände gelegt. Aber im Ruhestand lebt er deswegen noch lange nicht. Die Siedlerstelle, draußen am Stadtrand von Bremen, die Begegnung mit der Natur, das hält ihn jung und lebendig. Und die Politik, nun, die läßt ihn immer noch nicht los.

Wilhelm Kaisen, dessen Lebensgeschichte ein Stück Geschichte des demokratischen Sozialismus ist, steigt auch heute noch hin und wieder in die politische Arena. Im Wahlkampf 1971 hat er vor allem die Menschen seiner Generation davon zu überzeugen versucht, daß sie nicht abseits stehen dürfen, daß auch sie gebraucht werden, daß ihre Stimme zählt und wiegt, daß sie mithelfen können beim Bau einer besseren Zukunft. Denn dies gehört eben auch zum Verständnis von Wilhelm Kaisen - daß nämlich die Wurzeln seines Wesens tief in der sozialdemokratischen Bewegung ruhen.

Zum 85. Geburtstag von Wilhelm Kaisen werden viele Gratulanten kommen. Es wird viel Rühmendes über ihn gesagt und geschrieben werden. Wilhelm Kaisen wird es als unabwendbar über sich ergehen lassen. Für Feiern und Festreden hat er nun einmal nicht viel übrig.

Aber Wilhelm Kaisen wird auch wissen, daß für viele, viele Menschen Gruß und Glückwunsch zum Geburtstag weit mehr sind als ein Akt respektvoller Höflichkeit. Es liegt darin auch und vor allem eine Bekundung herzlicher Sympathie und aufrichtiger Freundschaft. Sie gelten einem Mann, der für viele von uns Vorbild und Beispiel geworden ist. (-/ex/19.5.1972/ks)

Polemik um der Polemik willen?

Zum politischen Stil des CDU-Entwicklungsexperten Dr. Leisler Kiep

Von Dr. Erhard Eppler

Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Polemik um der Sache willen ist nützlich; Polemik um der Polemik willen stößt auf Unverständnis. Der CDU-Abgeordnete Dr. Leisler Kiep hat sich bisher noch nicht zu dieser Einsicht durchringen können. Am 12. April 1972 habe ich die Bilanz der gesamten Leistungen der BRD an Entwicklungsländer vorgelegt, wobei jetzt die endgültigen Zahlen feststehen:

1/ Die öffentliche Entwicklungshilfe ist von 1970 bis 1971 um 360 Millionen DM auf 2,563 Milliarden DM gestiegen. Dies bedeutet eine Steigerung von 0,32 vH. des Bruttosozialprodukts im Jahre 1970 auf 0,34 vH. des Bruttosozialprodukts im Jahre 1971. (Zusammen mit der privaten Entwicklungshilfe - z.B. karitativer Organisationen - hat die Bundesrepublik 0,39 vH. des Bruttosozialprodukts an Entwicklungshilfe geleistet.)

2/ Die sonstigen öffentlichen Leistungen und die Leistungen der privaten Wirtschaft (beides unter kapitalmarktüblichen Bedingungen vergeben) sind ebenfalls gestiegen:

- die sonstigen öffentlichen Leistungen von 483 Millionen DM auf 573 Millionen DM
- die Leistungen der privaten Wirtschaft von 2,48 Milliarden DM auf 3,17 Milliarden DM

Damit ist der Kapitaltransfer zu marktüblichen Bedingungen von 0,44 vH. des Bruttosozialprodukts im Jahre 1970 auf 0,49 vH. des Bruttosozialprodukts im Jahre 1971 gestiegen.

Nach den vorläufigen Ergebnissen der DAC-Länder liegt die Bundesrepublik mit 0,88 vH. des Bruttosozialprodukts über dem Schnitt (0,80 vH. des Bruttosozialprodukts) der anderen DAC-Länder. Nach den vorläufigen Berechnungen des DAC, wonach die öffentliche Entwicklungshilfe der DAC-Länder im Schnitt zwischen 0,34 vH.

und 0,35 vH. des Bruttosozialprodukts liegt; hat die Bundesrepublik mit 0,34 vH. diesen Durchschnitt erreicht.

Die statistischen Angaben, die Grundlage für die jährliche Berechnung sind, kommen von der Bundesbank, der Kreditanstalt für Wiederaufbau, der Hermes-Versicherung, den Bundesministerien und privaten Organisationen. Die Leistungen sind nach international verbindlichen Richtlinien errechnet und werden jährlich einer scharfen Prüfung durch die Beamten des DAC/OECD unterzogen. Wer behauptet, bei der Statistik sei mit falschen Zahlen operiert worden, sät nicht nur Mißtrauen gegen die Mitarbeiter der oben genannten Institutionen, sondern auch gegen die OECD. Wer, wie der CDU-Abgeordnete Kiep, von statistischen Täuschungsmanövern oder Verletzung des Grundsatzes der Ehrlichkeit spricht, belastet auch Beamte, die nichts als ihre Pflicht tun.

Jedem Gutwilligen wäre es ein leichtes gewesen, sich davon zu überzeugen,

- 1/ daß sich das DAC-Verfahren 1971 nicht geändert hat
- 2/ daß alle in der Gesamtleistungsbilanz aufgeführten Zahlen in Übereinstimmung mit den statistischen Berechnungsrichtlinien des DAC ermittelt worden
- 3/ daß damit die Gesamtleistungen der Bundesrepublik an Entwicklungsländer von 0,88 vH. des Bruttosozialprodukts für das Jahr 1971 korrekt errechnet worden sind

Diese Vorwürfe liegen auf derselben Ebene wie im April die Debatte über die Aufzeichnungen zum Moskauer Vertrag. In beiden Fällen bezweifelte die Opposition die Informationen der Verwaltung und verließ sich auf irgendwelche Zuträgereien nur zu dem einen Zweck, Mißtrauen zu säen. Wer sich so verhält, untergräbt die Funktionsfähigkeit des Staates. Jeder Minister muß sich verlassen auf die Zahlen, die ihm seine Statistiker liefern. Wäre Herr Kiep am 26. April Minister geworden, so hätte er es mit Beamten zu tun bekommen, denen er vorher die Verletzung ihrer Amtspflicht vorgeworfen hat. Es gibt einen politischen Stil, mit dem man auch eine solide Demokratie zugrunde richten kann. (-/ex/19.5.1972/ml)

Vorstoß in Brüssel

Europa-Parlamentarier fordern Senkung
der Telefon- und Fernschreibkosten

Von Gerhard Flämig MdB
Mitglied des Europäischen Parlaments

Man hat die Europa-Parlamentarier bisweilen die Detaillisten genannt. Es liegt im Wesen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, daß sie sich mit wirtschaftlichen und technischen Detailfragen befassen muß - selbstverständlich ohne die große Politik zu vernachlässigen. Ein typisches Beispiel, wie technische Detailfragen erhebliche politische Rückwirkungen haben können, gibt in diesen Tagen der Ausschuß für Energie, Forschung und Atomfragen des Europäischen Parlaments mit einer Anfrage an die Kommission der Europäischen Gemeinschaft. Es geht um die Koordinierung der Entwicklungspläne für die Fernmelde-netze in der Gemeinschaft.

Niemand wird bestreiten, daß den Telefon- und Fernschreibverbindungen in der EWG eine zunehmende Bedeutung zukommt. Dabei darf man nicht nur an die Kommunikation selbst denken, sondern auch an die Milliardeninvestitionen, die für den Ausbau der Fernmelde-netze erforderlich sind, Investitionen, die für die einschlägige elektronische Industrie zu Buche schlagen.

Die Erfahrung der letzten Jahre hat gezeigt, daß gerade auf diesem Gebiet die Postverwaltungen und Fernmeldeämter der Staaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft nicht so zusammenarbeiten, wie es sein könnte und müßte. Da gibt es abweichende technische Normen, so daß Fernmeldeeinrichtungen, die in dem einen Lande produziert werden,

in den technischen Anlagen des anderen Landes nicht zu verwenden sind.

Vor Jahren schon hat eine Arbeitsgruppe mit dem schönen Namen "Politik auf dem Gebiet der wissenschaftlichen und technischen Forschung" Vorschläge für den Ausbau des Fernmeldewesens in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft erarbeitet. An diese Vorschläge knüpft der Ausschuß für Energie, Forschung und Atomfragen an, wenn er die Kommission fragt, ob sie nicht der Ansicht sei, daß es an der Zeit ist, eine Koordinierung der Entwicklungspläne für die Fernmeldenetze der Mitgliedsländer zu fördern.

In der Begründung hebt der Ausschuß auf Erfahrungen ab, die gesammelt wurden. Viele der nationalen Fernmeldebehörden erwerben ihre technischen Ausrüstungen nicht nach vernünftigen technischen Gesichtspunkten, sondern aufgrund nationaler Priorität. Der Ausschuß meint, eine schrittweise Öffnung des Zuganges zu öffentlichen Aufträgen in allen Mitgliedsländern sei aber unbedingt erforderlich, wenn man ein wichtiges Ziel erreichen wolle: die Senkung der Kosten für die Einrichtungen der Tele-, Informatik- und Fernmelde-dienste.

Dahinter steht das Bestreben des Europäischen Parlamentes, beizutragen an der Senkung der Gebühren für Telefon- und Fernschreibeinrichtungen. Und wenn es keine Senkung sein kann, dann soll es wenigstens keine weitere Erhöhung geben - zumindest nicht über das Maß hinaus, das als zumutbar empfunden werden kann.

(-/ex/19.5.1972/ml)

Ein trübes Licht

Wie die "Welt" die Ostverträge sieht

Dieser Dr. Herbert Kremp, dieser Tausendsassa, hat es angezündet und es soll nun hell über der deutschen Politik leuchten. Da haben wir uns viel zu lange erwartungsvoll gefreut lesen zu dürfen, wie er sich, der viele Monate hindurch die Verträge von Moskau und Warschau und die ganze deutsche Ostpolitik in Grund und Boden verdammt, sie verteuflte und als Deutschlands Weg in den tiefsten Abgrund zu kennzeichnen bemüht war, aus diesem Schlamm herausfinden würde, den er angerührt hatte. Und siehe da, wir wurden enttäuscht. Alles hat sich geändert: "Der Kanzler ist nicht mehr der alte Kanzler, die Verträge sind nicht mehr die alten Verträge und die Opposition nicht mehr die alte Opposition".

Das schrieb Dr. Herbert Kremp, Chefredakteur der einst weit- und weit geachteten Zeitung "Die Welt", nachdem die CDU den Fluchtweg gefunden hatte, auf den sie sich in die Vernunft zu retten versucht. Alle und alles hat sich geändert - nur der Kommentator der "Welt" nicht. So einfach ist das! So schnell kann man sich lächerlich machen.

Und weiter geht es mit der Methode der Illusionen: die Verträge haben sich geändert. Wo, in welchem Paragraphen, in welcher Bestimmung? Ist es in der Tat möglich, den "politischen Sinn" von Vertragstexten durch die Bekundung einer in schwieriger Kompromißarbeit schließlich gefundenen Meinungsäußerung nicht nur neu zu interpretieren, sondern ihnen einen neuen Sinn zu geben? Weder die Leser dieser erstaunlichen politischen Sonderleistung, noch ihr Verfasser selbst - wir nehmen es zu seinen Gunsten an - werden dies glauben. Ein Weg wurde gesucht und gefunden, der ein von allen Seiten im Bundestag (leider nicht von allen Abgeordneten) für nötig und vernünftig gehaltenes Ziel anstrebt und es erlaubt, daß in der Hoffnung auf und im Glauben an allseitig gutwillige Politik auch erreicht werden kann und wird. Es ist der einzige Weg. Er ist steinig und steil und nur wenig ausgetreten, ohne einen anderen Wegweiser als den des redlichen Willens zu friedlichen gemeinsamen Tun.

Das freilich kann ein Mann dieser Denkungsart, die wir in den vergangenen Monaten nur mit Bitterkeit und dann als belanglos zur Kenntnis nehmen konnten, nicht erkennen. Er sieht Beute für die eine Seite und nicht den Segen für die Nation, um den es geht. Da flackert denn doch nur ein trübes Licht. (P.S./ex/19.5.1972/ks)